

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

16.02.2024

# Inhalt

## EWN

1 | **Christian Kühn**

*Süddeutsche Zeitung*, 16.02.2024 ..... 3

## PROFIL

**Christian Kühn***Grünen-Politiker, der sich die Suche nach einem Endlager antut*

Wie aller Widerstand ins Leere laufen kann, das hat Christian Kühn schon am eigenen Leib gespürt. Stuttgart 21 war das Projekt, das er unbedingt hatte stoppen wollen, in der heißen Phase des Konflikts war er der Vorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg. Am Ende vereitelte ein Volksentscheid den Ausstieg des Landes aus dem Bahnprojekt, so endete Kühns Kampf. „Das war eine Niederlage“, sagt er noch heute. „Das war bitter.“

Umso bemerkenswerter ist der Job, den er an diesem Donnerstag angetreten hat. Kühn ist der neue Chef des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Das ist jene Berliner Behörde, die sich von morgens bis abends mit Atommüll beschäftigt: mit seinem Transport, seiner Lagerung, mit bestehenden und geplanten Endlagern und mit solchen, deren Standort erst noch gefunden werden muss. Für den einstigen Stuttgart-21-Gegner Kühn heißt das: Er wird es irgendwann mit Widerstandsnestern in der ganzen Republik zu tun haben – an jenen Orten zum Beispiel, die theoretisch für den Bau eines Atom-Endlagers infrage kommen. Wo es um die Errichtung eines „Atomklos“ geht, so lehrt alle Erfahrung aus dem gescheiterten Projekt Gorleben, sind Widerstände sicher.

Kühn, Politologe, 44 Jahre alt und Vater dreier Kinder, folgt dem langjährigen Präsidenten Wolfram König, der in den Ruhestand gegangen ist. König hatte fast 25 Jahre lang die deutschen Atommüll-Geschicke geprägt, erst als Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, dann, seit 2016, an der Spitze des neu gegründeten BASE. Es waren die wilden Zeiten deutscher Atomaus- und -wiedereinstiege. Sie endeten nicht nur mit dem finalen Aus für die Atomkraft, sondern auch für das Endlagerprojekt Gorleben. Und sie führen in eine ganz neue Suche, die sich nun mehr an Geologie und Wissenschaft orientieren soll als im Fall Gorleben. Ob es aber gelingen wird, so auch ein Endlager zu finden – mit dieser Frage wird sich nun Kühn

befassen müssen.

Zumindest hatte er in den vergangenen zwei Jahren Zeit, sich darauf vorzubereiten. Der Tübinger Kühn war, nach acht Jahren als Baupolitiker im Bundestag, 2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium geworden. Als solcher saß er auch den Aufsichtsräten jener bundeseigenen Firmen vor, die derzeit die geologischen Daten Deutschlands nach potenziellen Endlager-Standorten durchforsten – oder aber jene Zwischenlager betreiben, aus denen in ferner Zukunft der radioaktive Müll ins Endlager abtransportiert werden soll.

Beides, Suchverfahren und Zwischenlagerung, wird Kühn in seiner neuen Rolle nun beaufsichtigen. Und beides birgt unangenehme Fragen. So soll bis 2027 klar werden, welche Regionen in die engere Wahl für die Endlagersuche kommen. Dann gehen dort die Diskussionen erst richtig los. Für die Beteiligung der Öffentlichkeit an den diversen Kandidaten-Standorten ist ebenfalls Kühns Bundesamt zuständig. Derweil laufen die bisherigen Genehmigungen für Zwischenlager peu à peu aus – die erste im Jahr 2034 in Gorleben. Die Debatte, wie es danach weitergeht, muss aber quasi übermorgen losgehen. Klar ist, dass keine Gemeinde scharf darauf ist, weiterhin Castoren zu lagern. Für die Genehmigung ist wiederum das BASE zuständig.

Er habe da jetzt eine Aufgabe, die über Legislaturperioden hinausgehe, sagt Kühn. „Das ist der Reiz, aber auch die Herausforderung.“ Einerseits muss er verhindern, dass mit den letzten Atomkraftwerken auch die Motivation verschwindet, im eigenen Land nach einem Endlager zu suchen. Andererseits muss er die Beteiligung so organisieren, dass Betroffene die Entscheidung für oder gegen einen Standort am Ende zumindest nachvollziehen können – ohne aber dabei zu viel Zeit zu verlieren. „Entscheidend ist das Vertrauen in das Verfahren“, sagt er. „Man wird viel reden müssen.“